Universitätsbibliothek
Saarbrücken

Saarzeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich, Geschäftsstelle: Saarlouis, K. Marx; Telegramm-Adresse: Saarzeitung. Fernsprecher 31 u. 82. Postscheckkonto: 58.

DESPIAT AIDLE FOUET 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Wöchentliche Unterpreise: Tuch Morgen und Abend frei. Illustrierte: Vierteljährlich 40 mm-Zeile 0,40 Rm., Deutschland 10 Pfg. Auswärtige Anzeigen 50 Pfg.

Nr. 1. Saarlouis, Montag, den 3. Januar 1927. 56. Jahrgang.

Die Höflichkeit der Diplomaten.

Die Neujahrsempfänge der Regierungen in Berlin und Paris.

Berlin, 1. Januar. Reichspräsident von Hindenburg empfing am Neujahrstage die Chefs der hiesigen fremden diplomatischen Vertretungen. Während der Aufsicht der Diplomaten erwies eine Abteilung Reichswehr die Ehrenbezeugung.

Die Glückwünsche des diplomatischen Korps brachte

der Apostolische Nuntius Msgr. Pacelli

als Doyen in einer Ansprache zum Ausdruck, in der er zunächst auf den in diesem Jahre Wirklichkeit gewordenen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinwies und daß schon einer Würdigung der Fortschritte gemacht, die das vergangene Jahr Deutschland und der ganzen Welt bracht in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht als auch auf allen Gebieten der Wissenschaft und der Technik gebracht hat. Der Gedanke der Solidarität aller Nationen, deren Wohl gegenseitige wirksamere Werte wie in einem gemeinsamen Geiste vereinen, sei im Vorwegsein aller Völker immer tiefer und sicher gewurzelt. Trotz aller dieser Keime sich in dem neuen Jahre entwickeln und reiche heilbringende Früchte für die ganze Menschheit tragen möge, sei die Äußerung und der Wunsch des Hl. Vaters und aller Welt.

In seiner Erwiderung brachte

der Reichspräsident

seine herzlichste Befriedigung über den starken Aufschwung zum, der bei der Reichspräsident die Entwicklungsjahre seiner Jahre trotz mancher Schwierigkeiten und Hindernisse gewonnen habe. Wenn sich auch nicht mit aller Sicherheit sicherlich sagen, ob alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den Staaten und den Völkern den gewünschten Erfolg haben werden, so ist er doch überzeugt, daß diese Bestrebungen mit aller Kraftes fortgesetzt werden müßten, um den Gedanken der Zusammengehörigkeit der Nationen zur Verwirklichung zu bringen. Deutsch mitzuarbeiten habe sich das Deutsche Reich durch die von Msgr. Pacelli in seiner Ansprache erwähnten internationalen Abmachungen einmal bereits erfüllt. Jahen Wolf habe in erster Linie das Recht und die Pflicht seiner politischen Unabhängigkeit, seine Freiheit und seine Eigenart aufrecht zu erhalten. Das solle und dürfe aber nicht hindern, auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung aller Nationen das allgemeine Wohl der Menschheit zu pflegen und zu fördern. Das deutsche Volk werde in diesem Sinne mit aller Kraft an der Erreichung des hohen Ziels der Völkerverständigung mitarbeiten. Möge das neue Jahr, in Schlich der Reichspräsident, uns und allen Völkern die wirtschaftliche Gesundung bringen, die der Rat der Generalrat, der der Nuntius so lebhaft beschlagt habe, die Ende machte.

Darauf richtete

der Reichskanzler Dr. Marx

an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er auf die Schwierigkeiten hinwies, die den Weg des deutschen Volkes noch gelegentlich hatten. Es sei jedoch gelungen, alle aus solchen Schwierigkeiten entstehenden Gefahrlichkeiten zu vermeiden, daß die Mahnung des Reichspräsidenten zur Geduldsamkeit, die er vor einem Jahre ausgesprochen, nicht unbeachtet geblieben sei. Trotz Reichstag Schwierigkeiten sei es gelungen, die Beziehungen zu fremden Nationen zu ausgleichen und den Haushalt des kommenden Jahres in den Grenzen des vorangegangenen zu halten. Es sei gelungen, die Beziehungen zu fremden Nationen Vertrauen in die Sicherheit der deutschen Finanzwirtschaft und Entwicklung. Auch auf rein politischem Gebiete habe sich Deutschland das Vertrauen des Auslandes und die Verständigung seiner Lebensinteressen gesichert. Die Bemühungen zu den schärfsten Gegnern sein immer mehr auf die einzelnen der gegenseitigen Verständigung entwickelt worden. Die Räumung der Kölner Zone, der Beginn der Arbeiten des Völkerbund, die Regelung der Investitionsfrage und die zugesagte Zurückziehung der fremden Kontrollzonen bewegtem die Gemüter und die Hoffnungen der Menschen auf einen besseren Willensbildung in den unteren Lebensstaaten, der sich erheblich entwickelt habe, und immer mehr machen möge, bestätigt zu der Erwartung, daß unter der Leitung des Reichspräsidenten Deutschlands Bemühungen um die europäische Verständigung zum Wohle des deutschen Volkes und der internationalen Gemeinschaft erfolgreich durchgeführt werden.

Der Reichspräsident

erwiderte mit einem Dank für die Mitarbeit der Reichsminister im vergangenen Jahre. Noch harren wichtige Aufgaben ihrer Lösung, in erster Linie die Räumung des immer noch besetzten Gebietes und auf innerpolitischem Gebiete die Behebung der wirtschaftlichen Not, der Steuergesetzgebung, sowie andere wichtige politische Fragen und die Neuregelung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Ländern. Den Jahre möge dies bedeutsamen Aufgaben beschleunigen helfen und damit eine Grundlage schaffen, auf der die weitere Gestaltung und der Wiederaufbau unseres Volkes sich vollziehen kann. Dazu möge dieses Jahr die Kräfte einiger Wille und die zusammengesetzte Kraft aller Zelte und Schichten unseres Volkes entgegen werden. An unser Volk, an alle Verantwortlichen und an alle Parteien richtete der Reichspräsident den dringenden Appell, nicht immer die Verschiedenheit der Weltanschauungen und die Gegensätze der Interessen in den Vordergrund zu stellen, sondern sich in erster Linie von der Rücksicht auf das Gesamtwohl des Vaterlandes leiten zu lassen.

Darauf sprachen die Vertreter der Ministerien und der Behörden ihre Glückwünsche aus, denen der Reichspräsident mit einigen Worten dankte.

Neujahrsempfang in Paris.

Paris, 2. Jan. Gestern hat im Elysee der übliche Neujahrsempfang des diplomatischen Korps stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit hat der Präsident Doumergue den Botschaften des diplomatischen Korps eine Ansprache gehalten, die viel Beachtung erhalten hat. Er betonte, daß den diplomatischen Korps mit Genugtuung die Bemühungen verfolgen, die Frankreich auf dem Wege des Friedens unternehme und daß der Wiederaufbau Deutschlands, daß die französische Regierung dieses Friedenswerk erfolgreich fortführen werde. „Das volle Vertrauen", führte er wörtlich aus, „das wir bereits besitzen, wurde noch bekräftigt durch die Tätigkeit, die der französische Außenminister vor einem Jahr Monaten zur dem Völkerbunde entwickelte. Man kann sich kaum ohne Rührung der Rede erinnern, die er damals hielt. Die ist ein unsterbliches Werk geworden, das jedem Wunsche der Völker nach einer Umwälzung Ausdruck und noch immer geeinigen Wirksamkeit, die sie in den Stand setzen würde, ihr Glauben zu heilen und auf rein friedlichem Wege zu immer größeren menschlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten zu gelangen."

Die Völker erkennen dieses Werk keine Kommentare und begrüßen es, daß der Redner als Sprecher des diplomatischen Korps und Schützer, als der Mann, der auf Grund seiner Institution den Heiligen Stuhles für die volle Wirkung des Friedensvertrages mit Deutschland und Rom den Papstes proklamiert habe. Man habe Gelegenheit dazu gehabt, daß der Vertreter der Kirche sich in derart hervorragender Form für die von einer amtlichen Regierung verfolgten Politik einsetzen konnte. Es sei ein Glücksfall, daß die Folgen dieser Haltung sich bei den Katholiken Frankreichs und Italiens und sogar ganz Europas auswirken werden.

Stürmische Sejmsitzung in Kowno.

Kowno, 1. Jan. An der gestrigen ersten Sitzung des litauischen Sejm nach der Umwälzung nahmen den Abgeordneten der Bolschewisten und Sozialdemokraten, welche bekanntlich die Mehrheit im Sejm ausmachen, erhobenen geistlichen Sitzung, die eine Regierung möge eine programmatische Erklärung abgeben, wurde mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, nachdem die erste Abstimmung Stimmengleichheit (38:38) ergab. Die Seiten bestätigte sich wieder mit der Forderung der Budgetberatung und nahm den Antrag des Innenministeriums, daß dessen Beratung es zu Räumlichkeiten kam, mit dem Stimmen des Bolschewisten gegen die Stimmen der Rechten und Polen an. Die verzweifelte bürgerliche Fraktion stieß die Beratung, die übrige Fraktion stimmte überhaupt nicht mit.

Die Rheinlandfrage in den Genfer Regelungen.

Die bisherigen Mitteilungen über die Verhandlungen von Genf haben uns noch nicht erkennen, in welchem Umfange die rheinischen Fragen in den Verhandlungen, in welcher Weise sie in den außerordentlichen Regelungen eine Rolle gespielt haben. Man erfuhr lediglich Allgemeines darüber, als die „elements habiles", wie sie in dem deutschen Investitionsprotokoll vorgesehen waren, nur unter bestimmten Voraussetzungen beim gleichen werden sind und ferner, ob das wieder herbeiführt in der Oeffentlichkeit entstanden sein auch vom Beginn durch unrichtige Kontrollstellen für das Rheinland zeitig begonnen oder bereits gemacht ist. Nachdem die deutsche Delegation aus Genf nach Berlin zurückgekehrt ist und die den Reichspräsidenten und den Reichskabinett ihren Bericht erstattet hat, scheint auch hierüber volle Klarheit zu bestehen.

Deutschland ist zu tun, daß die Frage der „Elements habiles", wie überhaupt die Frage irgend einer häufigen Kontrolle nach den Verhandlungen zu für allemal aus der politischen Tätigkeit ausgeschaltet ist. Wenn am 31. Januar die interalliierte Militärkontrollkommission Deutschland verlassen wird, wird Deutschland ein für allemal von der entwürdigenden Belastung durch interalliierte Kontrollorgane befreit sein. Von einer Uebertragung dieser binder von dieser Kommission entzogenen häufigen Kontrolle in Deutschland an irgend ein verfassungsmäßig zustehendes Organ ist keine Rede. Das gilt für den außerhalb wie für den jetzt noch bestehende Gebiet. Wenn Deutsch in seiner bekannten Note vom 6. September 1926 die Zurückführung unterstellt, daß man in Zukunft den Begriff „Elements habiles" in allen Erörterungen vermeiden sollte, so erfreulich hat man bei der Verhandlungen über die Auslegung des Investitionsprotokolls, die einen Deutschlands weiteren Zugeständnisse und weiteren Gebiet nicht kennt.

Zu dem bisherigen Verfassungsfragen über die Genfer Verhandlungen ist es erfreulich, daß in der Tat „Nichts" bekannt worden, daß es bekanntlich empfunden werden müßte, daß man in Genf über die Frage der Rheinlandräumung verhandelt hätte. Die Gestaltung, daß man in Genf die Rheinlandräumung zur nebensächlich behandelt habe, trifft zur Behauptung, Richtig ist, daß man bestimmt Seite diese Frage nicht in den Vordergrund gestellt wurde, richtig ist aber ebenso, daß man über die Rheinlandräumung erst reden kann, wenn die Frage der Zurückführung der interalliierten Militärkontrolle erledigt ist. Diese Frage hängt bekanntlich damit zusammen, ob die deutschen Vertragspartner die Entwaffnungsverpflichtungen Deutschlands für erfüllt erklären oder nicht. Solange diese Erklärung nicht vorliegt, ist es vertragsmäßig unmöglich, die Frage der Rheinlandräumung in den Vordergrund zu stellen.

Es ist vielleicht nicht ohne Bedeutung, daß, während Deutschland sich in den Genfer Verhandlungen in der Frage der Rheinlandräumung Zurückhaltung auferlegte, die andere Seite immer wieder auf sie hinwies. Vielleicht kann man aus dieser Tatsache den Schluß ziehen, daß man auf der anderen Seite sehr die Notwendigkeit erkennt, die Frage der Rheinlandräumung in Gang zu bringen. Wenn man die Pressemitteilungen in Frankreich und Belgien über diese Frage genau verfolgt, so möchte man zu dem Schluß kommen, daß man dort die völlige Räumung der Rheinlande als eine Folge der Frage der notwendige Folge der politischen Entwicklung in Europa hält. Wenn sich in Frankreich eine ähnliche Ansicht wie in Deutschland Bahn gebrochen hat, vermag, dann hoffentlich nicht bedenklich, weil man die Notwendigkeit der Zurückführung der französischen Besatzungsarmeen aus Mainz, Trier und Koblenz, der Deutschen Republik des französischen Volkes sich erst die Erkenntnis bezeichnen muß, daß einer französischen Armee am Rhein nicht zu einer Friedensfestigung als vielmehr eine Kriegsgefahr bedeutet.

Man müssen Gefahrsmomente aus betrachtet erkennt man in den Genfer Verhandlungen und Verhandlungen immer deutlicher die Tendenz, die Frage beschränken der Rheinlandräumung Locarno. Wenn die interalliierte Militärkontrollkommission aus Deutschland zurückgegangen und die beiden Rheinzonen in der Frage der deutschen Entwaffnung bereitzig sein werden, dann muß die Rheinlandfrage, in erster Linie aus der Frage der Räumung des Rheinlandes, ganz automatisch selbst in den Vordergrund der internationalen Verhandlungen, der europäischen Verhandlungsgesellschaft treten. Aber die Frage der Rückzuhe Deutschlands in den Völkerbund der militärischen Sachverständigenkommission bei der Entwaffnungsverpflichtungen Deutschlands im Sinne des Völkerbundsbeschlusses bestätigen